

Berliner Tageblatt

Nr. 142

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die amerikanischen Bankiers und die Reparationsfrage.

Die Voraussetzungen für eine amerikanische Anleihe an Europa.

Die Beratungen des internationalen Kongresses der Handelskammern.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

27 Rom, 24. März.

In der gestrigen Sitzung des Kongresses der internationalen Handelskammern rügte Kent, der Vizepräsident des New-Yorker Bankierbundes, die schlechte Politik der europäischen Regierungen, die das Chaos verlängern und die Amerikaner davon abhalten, für den europäischen Wiederaufbau Geld zu opfern. Alsdann verlas Kent ein neues amerikanisches Projekt. Ehe Amerika in einen teilweisen Schuldenerlass einwilligt, müsse es von den europäischen Mächten eine Garantie für eine bessere Politik verlangen. Sonst würde die gegenwärtige Mißwirtschaft nur noch weiter fortbauern. Eine amerikanische Anleihe für Deutschland, um dessen Wirtschaft wieder herzustellen und die Reparationen zu zahlen, wäre durchaus ein gesunder Gedanke und könnte sicher in Amerika ausgesetzt werden, falls sie von den Alliierten zugunsten ihrer Länder verlangt würde.

Kent schloß, wenn der Reparationskonflikt zwischen Deutschland und den Alliierten aufhört sowie die Inflation und die unnützen Ausgaben vermindert werden, so könnte die öffentliche Meinung Amerikas den Kongress zwingen, mit den europäischen Mächten zusammenzuarbeiten. Danach könnten Schritte zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage, die jeder dauernden Besserung der Weltwirtschaft obergehen müsse, getan werden. Der Umfang und der moralische Charakter der Verpflichtungen Deutschlands müsse vollumfänglich erkannt werden, und Reparationen müssten vom Schuldner bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit geleistet werden. Gleichzeitig müsse das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt werden, um Grenzbeschränkungen und damit der Notwendigkeit neuer Auflagen auszuweichen. Der Antrag schließt, es wäre unangebracht, schon heute eine bestimmte Lösung des Streites der Alliierten mit Deutschland vorzuschlagen; jedoch seien die Finanzminister der verschiedenen Länder bereit, im gegebenen Augenblick die Regierungen praktisch zu unterstützen.

Der englische Delegierte Schuster schlug die Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz unter amtlicher Beteiligung aller Regierungen vor. Schließlich beantragte Bianchini, der Vizepräsident der Vereinigung italienischer Bankiers: 1. Abschätzung der Reparationsbeträge auf ein vernünftiges Maß; 2. Verknüpfung der Reparationen und der internationalen Schulden; 3. eine gerechte Lösung der Wirtschaftssorgen müsse mit einem wahren politischen Frieden und der Eicherung der Unabhängigkeit der Nationen einhergehen. Der Antrag wurde angenommen.

Der Kongress erörterte am gestrigen Tage einen Londoner Vorschlag über die Wiederherstellung des internationalen Handels. Wiederaufnahme der Geschäfte und Zahlungen mit Ländern, deren Wälua feinen Charakter habe, seien un-

möglich. Zunächst müsse jedwede neue Inflation unbedingt aufhören, und jede Valuta auf eine Gold- und Warenbasis stabilisiert werden.

2 Paris, 24. März.

Der Präsident der New-Yorker Handelskammer Irving T. Bush hat der Zeitung „Leure“ einige Erklärungen über die Krise in Europa zur Verfügung gestellt. Herr Bush sagt, daß von allen europäischen Staaten seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes große Fehler begangen worden seien. Er wolle aber nur von den Fehlern Frankreichs sprechen, da er für die Franzosen Sympathie habe und ihnen deshalb gern helfen möchte. Der alte Haß zwischen Frankreich und Deutschland sei zu verheeren gewesen, so lange das kaiserliche Deutschland durch seine militärische Uebermacht Frankreich bedroht habe. Aber heute sei Deutschland eine Republik und die Militärmacht sei auf der Seite Frankreichs. Es gebe nur drei Möglichkeiten, um der jetzigen Spannung ein Ende zu bereiten: Frankreich müße sich sagen, daß der alte Kampf gegen ein republikanisches Deutschland nicht weiter geführt werden dürfe und es müsse alles tun, um die Demokratie und die demokratische Regierung in Deutschland zu stiften. Diese Politik wäre ein Beweis großer Staatskunst. Denn ein republikanisches Deutschland könnte in späterer Zukunft die beste Garantie gegen russische Drohungen werden. Dies sei die beste Lösung, die für die beiden beteiligten Völker aber auch für die ganze Welt von Vorteil sein würde. Die zweite Lösung besteht in einem Garantievertrag, der Frankreich gegen die vermeintliche deutsche Gefahr sichern könnte. Im Falle eines Angriffes würden die alten Bundesgenossen Frankreich ungewißhaft beistehen, aber ein Dauervertrag für die Zukunft sei schwer zu erreichen. Soweit Amerika in Frage kommt, hält Herr Bush es für besser, wenn Frankreich nicht auf neue Truppenhilfe rede, und die englische Bereitwilligkeit sei auch sehr fraglich. Beide Mächte würden in einem solchen Vorläufigen hypothetischen Fall sicherlich nur dann eingreifen, wenn ihre eigenen Interessen bedroht seien. Wollte Frankreich diese beiden Möglichkeiten nicht in Betracht ziehen, dann werde es früher oder später zu neuen Kämpfen zwischen Frankreich und Deutschland kommen, bei denen die größere Zahl der Kämpfer auf die Dauer den Sieg erlangen müsse. Deutschland habe 60 Millionen Menschen und seine Gebürtisziffer steige. Frankreich habe 40 Millionen und seine Gebürtisziffer bleibe unverändert. Beide Völker seien durch die geographischen Verhältnisse nachbar und müßten sich deshalb miteinander einrichten. Deshalb wäre es die beste Lösung aller Fragen und die sicherste Garantie für den Frieden, wenn zwischen Frankreich und dem republikanischen Deutschland eine dauernde Verständigung erreicht werden könnte. Herr Bush ist, wie er wiederholt versichert, zu dieser Schlussfolgerung nach Ueberlegung gelangt, die in einem Geist aufrichtiger Sympathie für Frankreich angefertigt wurden. Es ist leider vorläufig wenig Aussicht vorhanden, daß die jetzige Regierung und das jetzige Parlament Frankreichs auf diese guten Ratsschläge hört.

Das südslawische Wahlergebnis.

Die „Kugliha“. — Um die „Majta Srbija“ — Zerlegung in Stammeseinheiten. — Die „Cottier“. — Paschitschischs schwere Aufgabe.

Von unserem nach Südslawien entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

21 Belgrad, 21. März.

Bei den Wahlen in Südslawien gibt man keinen Stimmzettel ab, und es existiert auch kein „Wahllosteil“. Der Wähler erhält nur ein kleines, mit dem weißen Adler gestempeltes Gummiplättchen, die „Kugliha“, und dann sieht er sich einer Reihe vieredriger Kästen gegenüber, aus denen heraus offene vieredrige Holzröhren ragen. Es gibt immer gerade so viele dieser Holzröhren, als es Wahllisten in dem betreffenden Wahlbezirk gibt, und hinter jedem der Kästen steht ein Parteiwahlhelfer und ruft dem Wähler den Namen der Partei oder ihren Hauptkandidaten zu: „Nikola Paschitschisch!“ beispielsweise, oder: „Das ist dein Kasten, Genosse Arbeiter!“ Um das Wahlgeheimnis zu wahren, bestehen strenge Vorschriften. Obgleich bei den Wahlen am vorigen Sonntag 42 verschiedene Wahllisten und oft bis zu fünfzehn Kästen in einem Wahllokal gab, war der Wahlakt einfach, praktisch und empfehlenswert. Man braucht eben keine Stimmzettel, es sind keine gefälschten oder unrichtige Listen möglich, es sind keine Stempel nötig, und die Kugeln und Kästen kann man durch Jahrhunderte immer wieder verwenden.

Man merkt hierzulande nur wenig öffentliche Propaganda bei den Wahlen. Einige Handzettel nur, einige Plakate. Dieses wenige Papier allerdings mit gefesselter Inhalt. Was man in Südslawien bei den Wahlen der leitenden Staatsführer und den Kandidaten in bezug auf angebliche Korruption nachfragen darf, ist erlaublich. Im großen und ganzen herrscht Ruhe während der Wahlen. Hier und da freilich ein paar unschöne Revolverschüsse, eine geringfügige Prügelei, ein paar Faschistenausreitungen gegen die ungarischen und deutschen Minderheiten. Sonst aber musterghültige Ordnung, trotzdem diese Serben, Kroaten und Slowenen, bis in die letzte Fibel politisch, vor Erregung über den Ausgang der Wahlen, der — wegen der Staatskrise — oft auch ihre materielle Lage wesentlich beeinflusst, zittern. Auch die vorausgegangenen Wahlversammlungen sind ruhig verlaufen, und Sprengtölpchen waren nur vereinzelt durch Faschistengruppen aufgebracht worden. Man hatte in den Versammlungen zumeist unter sich Parteigenossen getagt, und hatte den Gegner Gegner sein lassen. In diesem Lande, das eine feine soziale Ueberlegung und daher gesellschaftliche Scheidungen wenig erst kennt, argumentiert man vorerst noch mehr politisch, denn sozial, und bei diesen Argumentationen spielen noch stark die Traditionen mit. Wie der Großvater stimmte, so stimmt auch der Vater, und so wird auch der Sohn stimmen.

Die Vortehrungen gegen rechtsradikale Putschabsichten.

Alarmbereitschaft der Polizei.

Eine Anweisung an die preußischen Oberpräsidenten.

In Berlin waren heute vormittag Gerüchte verbreitet, nach denen in Bayern der Ausbruch eines rechtsradikalen Putsches unmittelbar bevorstehe. Auf eine Anfrage unseres Münchener Korrespondenten teilte der Chef der politischen Polizei mit, daß ihm von Verhaftungen oder irgendwelchen Putschabsichten nichts bekannt sei, die im Zusammenhang mit dem Vorgehen der preussischen Regierung gegen die deutschschöpliche Freiheitspartei ständen. Zu ähnlicher Weise äußerte sich der Presschef der bayerischen Staatsregierung. Immerhin ist es merkwürdig, daß die Sturmabteilungen der Hitler-Garden auch morgen wieder, ungehindert von der Polizei, ihre Übungen in und bei München werden vornehmen dürfen. Es verlaute übrigens, daß gestern zwei Kurierer der Hochsch-Deute in München verhaftet worden sind. Näheres darüber ist noch nicht bekannt. Die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände hat den Reichsführer bei seinem Verzuge in einer Vernehmung ausdrücklich erklärt, daß sie nicht mehr daran denke, irgend etwas zu unternehmen, solange der Abwehrkampf an der Ruhr dauere und solange die Reichsregierung „ein festes Rückgrat“ zeige.

In einem merkwürdigen Gegenstoß zu diesen beruhigenden Mitteilungen steht die Tatsache, daß in Thüringen drei Kurierer Stills abgefangen wurden, die mit „Marschbefehlen“ für die Gruppen versehen waren. Die preussische Regierung hat unter diesen Umständen die sämtlichen Oberpräsidenten der Provinzen telegraphisch angewiesen, die Polizei ihrer Bezirke in eine erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen.

Verhaftung nationalstischer Kurierer.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

26 Gera, 24. März.

In der heutigen Nacht sind in Gera drei Kurierer verhaftet worden, in deren Besitz sich Geheimbefehle befanden, darauf lautet, daß die Mitglieder der Hundertschaft in Hof (Bayern), soweit sie auf thüringischen Boden sich befinden, also vor allem die Gruppe in Weida, sich bis 12 Uhr mittags in Hof einzufinden hätten. Von dort ab sollte das Marschziel geheim

sein. Die drei Kurierer kamen von Plauen her im Automobil, nachdem sie die Plauener Hundertschaft bereits alarmiert hatten. Nach Anfragen der Kurierer fand in der vergangenen Nacht von Hof aus noch weitere vier Automobile mit Kurierern mit ähnlichen Aufträgen abgegangen. Sämtliche Kurierer trugen die offiziellen Armbinden der bayerischen Nationalsozialisten.

Die Putschisten in Thüringen.

Außerordentlich belassendes Material beschlagnahmt.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Weimar, 24. März.

Die gleichzeitig mit den preussischen Ermittlungen über die Umtriebe der rechtsradikalen Kreise in Thüringen eingeleiteten Untersuchungen haben außerordentlich belastendes Material ergeben. Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die deutschschöpliche Freiheitspartei in Ziel, Taktik und Organisation mit der nationalsozialistischen Arbeiterpartei ohne weiteres identifiziert werden kann. In Thüringen ist die nationalsozialistische Arbeiterpartei verboten. Sie setzt aber ihre Tätigkeit unter der Flagge der deutschschöplichen Freiheitspartei fort. In einer größeren Anzahl von Städten Thüringens sind militärische Kampfeinheiten dieser Gruppe festgestellt. Auch wurden mehrfach Waffen und nicht geringe Mengen Munition beschlagnahmt. Militärische Übungen, zum Teil unter Leitung von Offizieren, haben stattgefunden. Der enge Zusammenhang dieser Veranstaltungen mit der Bewegung Stills ist erwiesen. Die Thüringer Regierung hat umfangreiches Beweismaterial in ihren Händen über den putschistischen Charakter der rechtsradikalen Bewegung, die nicht nur über zahlreiche selbstorganisierte Hundertschaften verfügt, sondern ihre Organisationen bereits zu ausgesprochenen militärischen Verbänden (Bataillonen und Regimenten) durchorganisiert hat. Die Ermittlungen, die schon jetzt einwandfrei ergeben haben, daß der Rechtsradikalismus auf den Würgerkrieg, und zwar auf noch nicht abgeklärt, werden von der thüringischen Regierung mit Energie fortgesetzt.

(Siehe auch Seite 2.)

Die Wahlen am 18. März waren diesmal in der Hauptsache nationalistische Wahlen. Das großserbische, gewöhnliche Belgrader Schimpforgan „Balkan“ sagte den Serben, es ginge diesmal um die „Majta Srbija“ — um die „Mutter Serbien“. Der für „Südslawien“ stimmte, der sei ein Defektist und serbischer Verräter. Aber auch die Kroaten und Slowenen wollten nichts von „Südslawien“ wissen, und sie stimmten geschlossen für den rein kroatischen Raditsch und den rein slowenischen Dr. Korošček. Dazu hielten die böhmischen Muselmanen zuvor zu ihrer Kirche, und die alte Koche stand ihnen bei den Wahlen näher, als der neue Staatsbau Südslawien. Das Ergebnis der Wahlen konnte denn auch nicht verwundern. Da der reine Stammesegoismus bei den Wahlen üblich ins Kraut geschossen war, mußte nicht nur der radikale serbische Diffident, der frühere Ministerpräsident Stojan Protitsch, der die Verhöhnung der drei Stämme predigte, vollkommen fallen, es mußte auch die selber einige große firmierte südslawische Partei, die der Demokraten, die Hälfte ihres Einflusses einbüßen. Dagegen siegten weitüberlegen die Stammeseinheiten: Die radikale Partei Paschitschischs, deren Hauptinhalt serbisch oder großserbisch ist, erhielt 108 Mandate, die kroatische Bauernpartei Raditschischs, die voll separatistische kroatische nationale Empfindnis ist und die gleich den Bayern argumentiert, brachte es in Kroatien, Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien auf 70 Mandate. Dr. Korošček, der slowenische Merkale, sammelte von 26 slowenischen Abgeordneten 22 um seine slowenischautonomistische Fahne, und Dr. Spahop, der Muselmanführer, errang in Bosnien 18 Mandate für ein autonomes Bosnien. Statt für den südslawischen Staat zu manifestieren, manifestierten diese Wahlen also für die einzelnen Stämme, und es ist nach den Wahlen sehr so, daß parlamentarisch der Staat vollkommen in seine einzelnen nationalen Bestandteile zerlegt ist. In der zukünftigen Zukunft werden, scharf voneinander getrennt, in der Hauptsache Serben, Kroaten, Slowenen und Muselmanen sitzen, und die reinen Südslawen, das heißt die, die nur ein südslawisches Volk und keine Stämme anerkennen, wird man mit der Laterne suchen müssen. Bei solch rein nationalistischen Stammeswahlen mußten ganz natürlich jene Parteien, die über das nationale das Soziale stellen, verkümmern, und so ging die sozialradikale Bauernpartei auf neun Mandate ein, die Sozialisten errangen nur drei Mandate und die Kommunisten, die zur vorigen Stupitschina 59 Abgeordnete stellten, brachten es — freilich auch noch unter einem Staatsschutzgesetz stehend und

ihren Führer durch das Gefängnis beraubt — nicht einmal zu einem einzigen Abgeordneten.

Von 42 verschiedenen Parteien, Gruppen und Gruppchen hat der Wahlausfall nur etwa acht übrig gelassen. Die anderen 34 verlanen neben anderen auch durch das Wahlergebnis in den Ortschaften. Zur Debatte stand bei diesen Wahlen die Frage der Verfassung. Als Nikola Paschitsch in Belgrad gewählt war, rief man ihm zu: „Es lebe der Schöpfer der Vidovdan-Verfassung!“ Aber über diese zentralistische Verfassung denkt freilich schon anders der Mitgeschöpfer dieser Verfassung, der Demokrat, Serbe und frühere Ministerpräsident Juba Davidowitsch, und von den gewählten 51 demokratischen Abgeordneten denken etwa 30 so wie er, nämlich, daß diese Verfassung abgeändert werden müßte. Mit diesen 30 Außenstehern ist also die früher unentwegt zentralistische radikal-demokratische Verfassungseingekerkert nun schon stark erschüttert, und sie wurde noch weiter dadurch geschwächt, daß auch die weiteren Mitgeschöpfer dieser Verfassung, nämlich die bosnischen Muselmanen, geschlossen den Zentralismus verlassen und zum Gedanken einer autonominischen Einrichtung des Staates übergingen. Da dazu bei den Wahlen die autonoministische Opposition in Kroatien und Slowenen eine fast hundertprozentige Stützung erhielt, liegt der Wille des Volkes, der kaum Zufallsache des Wahlergebnisses ist, in der Richtung auf Revision der Verfassung, und es wird jetzt von staatsmännlichen Geschick Nikola Paschitsch und von der gerühmten geistigen Hochgenie der radikalen Partei abhängen, wie im Interesse des südslawischen Staates die noch unerhört scharfen gegenteiligen Auffassungen von Serben einerseits und Kroaten, Slowenen und Muselmanen andererseits auszugleichen sind. Dieser Ausgleich wird gewiß nicht leicht sein, und wie Paschitsch in Serbien das Mandat für die Auktorität erhalten hat, wie die Kroaten sagen, serbenbegünstigende Verfassung erhalten hat, so haben bei den Kroaten, Slowenen und Muselmanen Raditsch, Korotseff und Spahic ein fast plebisitarisches Mandat zur Vermeidung oder Abänderung dieser Verfassung bekommen. Es ist unverständlich, daß die innerpolitische Krise Südslawien jetzt im Zenith steht, und daß diese Krise unaufhebbar nach Stellung drängt, scheint im Interesse der Konsolidierung Südslawien der beste Ausgang der Wahlen zu sein. Diese Krise wird ohne Gewaltthaten sich lösen müssen, sie wird bei Verstand, Geduld und guten Willen wohl auch lösbar sein, und allein schon die Tatsache, daß bei der parlamentarischen Stärkung der radikalen Partei die Gerüchte über eine Diktatur zur gewaltsamen Beherrschung der inneren Krise verschwinden sind, läßt trotz des Ernstes der Situation und trotz der Drohungen aus dem südslawischen Westen Hoffnungen auf günstigen Ausgang zu.

Die Verhaftung des Journalisten Labourel.

Drohung mit Repressalien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Pariser Zeitungen verlangen mit großer Entschiedenheit, daß der in Marienburg verhaftete französische Journalist Labourel sofort in Freiheit gesetzt werde. Besonders energisch sind der „clair“, „Reit-Blau“, die beide Repressalien gegen die Bericht-erklärer deutscher Zeitungen in Paris für notwendig halten. Im „Reit-Blau“ wird allen guten Franzosen empfohlen, den deutschen Journalisten in Frankreich das Leben „materiell und moralisch“ unangenehm zu machen. (Solche Drohungen können die rasche Erledigung dieser Angelegenheit nicht erschweren. Wie mir bekannt ist, sind einige der in Paris beschäftigten deutschen Berichtserklärer für Labourel bereits eingetreten, ehe sie in der französischen Presse angegriffen und bedroht wurden. Jetzt sind ihnen nach diesen Einschüchterungsversuchen weitere Bemühungen sehr erschwert, denn niemand wird sich dem Verdacht aussetzen wollen, daß er aus Angst um sein eigenes Wohlbefinden in ein schwebendes Rechtsverfahren einzutreten verliert.) Der französische Journalist Bacc gibt in seinem Brief an den „Intranquille“ einige Einzelheiten über die Verhaftung Labourel's wieder. Er berichtet: „Ich und Labourel wollten beide über Polen nach Rußland fahren. Labourel reiste einige Tage

Berliner Sezeßion.

Von Fritz Stahl.

Heute mittag wurde am Kurfürstendamm die Frühjahrsausstellung der Berliner Sezeßion eröffnet.

Nach der Freien beweist nun auch die Berliner Sezeßion, daß keine dieser Gruppen instande ist, eine Jahresausstellung zusammenzubringen, die eine auch nur bescheidene künstlerische Bedeutung hat. Vom Verein Berliner Künstler sieht daselbe schon fest. Die einzige Möglichkeit, vielleicht wieder zu einer solchen Ausstellung zu kommen, liegt in der Sammlung aller härteren Kräfte in der Akademie, der leider diese Gruppen aus egoistischen Interessen so lange widerstreben, bis es nicht mehr weiter gehen wird. Der Zeitpunkt ist nahe.

Einer der Gründe für die beispiellose Erscheinung, daß in beiden Sezeßionen jahrelang kritische die wertvollsten Verdienste jugendlicher aufgenommen wurden und das Feld besetzt, liegt wohl darin, daß man den Mangel an starken Leistungen selbst empfand und den Ausstellungen als Ersatz das sichere wollte, was mit dem Verlegenheitswort interessant genannt wurde. Es war eine kurz-sichtige Politik, da man dadurch das Publikum vollkommen verdozt. Und noch mehr, weil wirklich nicht viel dazu gehörte, vorauszu-sehen, daß die Mode schnell vorüber sein und dann neben den müde gewordenen älteren Herren gar kein Nachwuchs mehr stehen würde. Wie es jetzt gekommen ist.

Heute kommt nun den Ausstellungen noch zugute, daß man es zunächst einmal als Wohltat empfindet, den jungen wissen Umfang nicht mehr zu sehen, der mit hochtrabenden Redewendungen der Welt als Kunst aufgeredet wurde. Aber diese negative Vorzug wirkt doch nur einen Moment. Und dann wird niederdrückend klar, selbst noch für den überreichend, der es prophezeit hat, wie nichtig alles das ist, was diese jungen Leute zu sagen haben, wenn die damals neue Form nicht mehr gilt. Es haben ja alle ihr „Ruch“ mit der freundschaftlichen Feststellung ihrer ungeheuren Bedeutung. Aber sie sind viel müder und fertiger als der alte gute Mittelstand mit seinem soliden Können, die König, Lindner, Walther, Ernst Doppler, Spiro, Philipp Brand (der sich über nicht an die „Corinthier“ wenden dürfte).

Von wem lohnt es zu reden. Von Jaedel, dessen drei Bilder — ein bereites Zeichen, wie es um unser Ausstellungsweisen steht — aus feiner Kollektion bei Curtius ausgestellt worden sind. Von Pätzner, aber nur von seinem tüchtigen Frauenbildnis. Von Fritsch, der sich von der obigen Verzerrung befreit hat, und — mehr in dem Maße als in der Frau — eine gute Malbegabung zeigt. Von Röhners Kinderbildnis, vielleicht fände

früher ab, um in Warschau seinen Paß für Rußland visieren zu lassen. Er hatte nicht daran gedacht, bei der Abreise nach Deutschland das Visum des deutschen Konsulats zu verlangen. Er hielt es für unnötig, da viele Journalisten die Erfahrung gemacht haben, daß die deutsche Regierung wegen dieser administrativen Unregelmäßigkeit keine übermäßigen Schwierigkeiten mache. In Deutschland hat auch kein Mensch daran gedacht, von uns einen Ausweis zu verlangen. Es ist ein Kleinbeispiel in Deutschland, ohne Paß zu leben. Die Unterordnung und die Entmutigung ist in den deutschen Amtsstellen so groß, daß die strengen Kontrollvorschriften kraftlos sind. An den Grenzen ist es anders. Mein Kollege, der vielleicht eine Geldstrafe oder schämungswürdigen eine Ausweisung verdient hätte, ist wie ein Verpechter ins Gefängnis gejetzt worden.“ Bacc teilt mit, daß die dringenden Bemühungen der französischen Botschaft beim Aus-wärtigen Amt um die Befreiung Labourel's bisher vergeblich geblieben seien. Daß Labourel eine Unkorrektheit begangen hat, wird zugegeben. Wenn ein deutscher Journalist die französischen Vor-schriften in ähnlicher Weise verletzt hätte, würden ihm wahr-scheinlich unangenehme Erfahrungen auch nicht erspart bleiben.

Das Strafverfahren gegen die „Freiheitspartei“.

Protest gegen die Auflösung der Deutschpölitischen Freiheitspartei

Führer der aufgelösten Deutschpölitischen Freiheitspartei sind heute vormittag im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu dem Verbot Minister Severing's Stellung zu nehmen. Die Auflösung in den Kreisen geht dahin, daß ein Verbot des preussischen Ministers des Innern deshalb der Rechts-wirksamkeit entbehre, weil die Deutschpölitische Freiheitspartei nicht eine ausgeproben in Preußen verbreitete Organisation, sondern eine sich über das ganze Reich erstreckende politische Partei sei. Aus diesem Grunde könnte Minister Severing auch nicht die innerhalb Preußens bestehenden Ortsgruppen der Partei, nur aber die Reichsorganisation auflösen. Die Parteimitglieder protestiert deshalb gegen die Beschneidung ihres Vermögens, das Eigentum der Partei und somit dem Zugriff der preussischen Staats-behörden entzogen sei. In einem Telegramm an den Staats-gerichtshof haben die Abgeordneten Wille, v. Graefe-Goldebeck und Henning gegen das Verbot Minister Severing's protestiert und eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese Frage beantragt.

Die politische und die gerichtliche Unter-suchung gegen die aufgelöste Deutschpölitische Freiheitspartei wegen Hochverrats und Geheimhandels geht inzwischen in vollem Umfang fort. Oberstaatsanwalt Gerner hat sich gestern abend wieder nach Weipzig zurückgezogen, hat jedoch die Voruntersuchung den zu-mständigen Weipziger Gerichtsbehörden übertragen. Während er befindet sich augenblicklich noch in Stadtschloßgängen. Während er aber sich bisher lediglich auf Grund eines Haftbefehls des Ober-präsidenten von Oppeln in Polizeigefängnis hat, ist nunmehr auf Grund der schwebenden Ermittlungen ein Haftbefehl des Er-mittlungsrichters im Polizeigefängnis, des Amtsgerichts Dr. Strudmann, gegen ihn erlassen worden. Im heutigen Vor-mittag sind General a. D. Hüger, Fabrikant Erdmann, Redakteur zur Redden sowie die Kaufleute Schäfer und Pöhlner aus der Haft entlassen worden. Gegen sie der Haftbefehl gegen Major v. Krogh, Major a. D. Schöber, Professor Danie, Schulz und Herzog aufrechterhalten worden. Die Untersuchungen sollen zuvörderst Klärung über gewisse Schriftstücke bringen, in denen sich die Beziehung W. R. R. findet. Die Polizei nimmt an, daß diese Beziehung die Wföhrung zur „Billige Kampfkörpers“ ist und daß diese Kampfkörpers sich zusammenschließen sollen aus den Turnerclubs, die wieder in kleinere Einzelgruppen gelidert sein sollen. Die bisher Verhafteten haben bestritten, daß ihnen diese Beziehung bekannt sei und haben auch in Abrede gestellt, daß die von der Deutschpölitischen Freiheitspartei gegründeten Sport- und Turnvereine den Charakter mili-tärischer Organisationen oder von Geheimverbänden hätten.

Nach dem Landtagsbericht vom 13. März hat der Abgeordnete Sobotta (Ramm) erklärt, das Zentrum habe wenig Anlaß zu Vorwürfen, denn die von den französischen „Episels in Ruhrgebiet“ verbreiteten Handzettel seien in der Druckerei der Buerischen Zentrumszeitung hergestellt worden. Dazu schreibt uns die Geschäfts-leitung der „Buerischen Volkszeitung“: „Als einzige Zentrumszeitung erscheint in Buer die „Buerische Volkszeitung“. Der unterzeichnete Geschäftsführer erklärt hiermit ehrenwörtlich und an Eides Statt, daß in der genannten Druckerei keinerlei Handzettel der bezeichneten Art hergestellt worden oder von der Druckerei sonst irgendwie direkt oder indirekt beschafft worden sind.“

Pariser Stimmen zu Severings Rede.

Verdrehungsvorwürfe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Erklärungen des Ministers Severing über die nationa-listischen Umtriebe werden in Paris mit großem Interesse konnen-tiert. Die meisten Zeitungen sind der Meinung, daß der Kanzler und mit ihm die preussische Regierung den Glauben an das demokratische Deutschland in der Welt stärken wollen. Einige Blätter machen einen ziemlich ungeschickten Versuch, einer Zusammenfassung zwischen der Entdeckung des Komplotts und der Aufrücktion herzustellen. „Deutschland wird immer republi-kanisch, wenn die nationalistische Bewegung von einem Mißgeschick bedroht ist.“ Diese Bemerkung, die sich nämlich in einem halben Dutzend von Blättern findet, also wahrscheinlich von irgendeinem Beamten des Quai d'Orsay ausgesprochen worden ist, beweist, daß manche Leute in Paris die Wahrheit noch immer nicht erkennen oder nicht erkennen wollen. Der Widerstand gegen die Befehle des Ruhr-gebiets hat mit einer nationalistischen Bewegung nicht die ge-ringste Ähnlichkeit. Eine sehr merkwürdige Anknüpfung in Sinne Poincaré's gibt der „Reit-Parisien“ in einer offenbar amtlich beeinflussten Bemerkung. „Es ist jetzt bewiesen, daß die Selbsthülfs-organisationen in Deutschland nicht die Ordnung erhalten sollen, sondern in Wahrheit zu Kriegszwecken bestimmt sind. Ob es sich um einen Bürgerkrieg oder um einen Krieg mit einem aus-wärtigen Feind handelt, der deutsche Selbsthülfs ist eine Arme, die entgegen dem Vertrag von Versailles der Reichswehr ange-gliedert werden kann (21). Eine weitere Tatsache ist, daß die Geheimorganisationen, welche die Republik stützen wollen, mit der Reichswehr in Verbindung stehen. (Genau das Gegenteil ist er-wiesen. D. R. d.) Die deutschen Zeugnisse sind sehr wertvoll, weil sie beweisen, daß Frankreich recht hat, wenn es bei der Re-gelung des Ruhrkonfliktes nicht nur für Zahlungen, sondern auch für Sicherungen in der Zukunft sorgen will.“

Ueber die Rede des Kanzlers in Brüssel schreibt Gamille Lemercier im „Courrier“: „Niemand in Frankreich denkt an die Zer-störung oder Zerstückelung Deutschlands, abgesehen von einigen Re-aktionären, deren Stimmen nicht zählen. Als Poincaré beschloß, das Ruhrgebiet zu besetzen, haben wir und auch andere sofort auf die Gefahren hingewiesen. Unsere Proteste haben damals nicht gehol-fen. Niemand aber würde das französische Volk es dulden, daß ein Stück deutsches Boden annektiert werden soll. Wir glauben auch nicht, daß irgendeine französische Regierung einen so schändlichen und un-möglich in Plan haben könnte.“ Lemercier meint es wahrschein-lich auch, aber er hat die Zukunfts von Kritikern und Reden vergessen, in denen er für die Verteidigung der Ruhrpolitik und weiter dafür eintrat, werden, daß das Ruhrgebiet als Pfand besetzt zu halten, bis die deutschen Schulden bezahlt sind, das heißt im Sinne der Regierung Poincaré's für immer. Auch die Klärung in Clappen, die auf der Weipziger Konferenz erfinden wurde, um auf England Einbruch zu machen, ist nur eine schöne Phrase. Solange die Republikaner vom Schlage Herrris nicht einsehen, oder vielmehr eingesehen (denn eingesehen haben sie es schon längst), daß die Befehle des Ruhrgebietes ein Inzert und ein Wahnsinn gewesen ist, und daß sie deshalb vor jeder weiteren Verhängung wieder vä-tärgärg gemacht werden muß, wird Deutschland und die ganze Welt davon überzeugt sein, daß die „Verückten, deren Stimme keine Be-deutung hat“, doch erheblich einflußreicher sind, als Herr Lemercier wahr haben will. Lemercier wiederholt im übrigen die Forderung, daß die deutsche Regierung ihre Pläne für die Reparation veröffentlichen möge und fordert das gleiche von Poincaré. „Passiver Widerstand“ erklärt man in Berlin, „Befehung“ ist das Soffizier-wort für Paris. Gerade unsere besten Freunde werden durch die Aufrücktion am stärksten beunruhigt. Aber die französische Regierung schweigt und der Kanzler schweigt. Die Wölfer worten auf Frieden. Sie werden mit Demontis vertrieben. Aber bald ist ihre Schuld zu Ende. Diese letzten Worte riefen sich hauptsächlich an das Volk in Frankreich, denn das Volk in Deutschland hat Ge-duld, weil es in diesen zwei Monaten erkannt hat, daß gegen seine Geduld und gegen seinen freien Willen die Hebermacht Frankreichs nichts ausrichten kann.“

Presse und Bühnengenossenschaft.

Dr. St. Die heutige Tagung des Schauspielertages begann mit der Erledigung eines kleinen Zwischenfalles, um den es sich nicht lohnte, viel Aufhebens zu machen, wenn er nicht von politischer Seite angegriffen worden wäre. Der Vertreter des Na-Bundes, dem die Bühnengenossenschaft angeschlossen ist, nahm gegen Schluß der gestrigen Sitzung Gelegenheit, gegen die Berichterstattung eines Berliner Mittagsblattes gegen die Delegiertenversammlung Stellung zu nehmen und dabei allgemeine Bemerkungen über die Presse zu machen, durch welche sich die anwesenden Pressevertreter verletzt fühlten. Heute wählte die Pressevertreter eine Erklärung ab, in der betont wurde, daß die Worte des Bühnengenossenschafters einige Be-merkungen enthalten, die einer Einschränkung der freien Bericht-erstattung und der Kritik gegenüber der Bühnengenossenschaft gleichkommen, ja, beinahe mit einem Eingriff der Bühnengenossen droht. Die Pressevertreter verlangen, daß die Bühnengenossenschaft von den Worten des Na-Vertreters abtride. Dies geschah sehr deut-lich in der Erklärung des Bühnengenossenschafters Dr. Grün-pach, der feststellte, daß die demangelte Berichterstattung des Mittagsblattes auf der Information eines Berliner Bühnengenossenschaftsmitgliedes beruhe, und daß daher seine Veranlassung vorläge, gegen sie vorzugehen. Was die Berichterstattung der freien Meinungsäußerung betrifft, so ver-sicherte Dr. Grünpach auf Grund der interessanten Ausführungen über die Entwicklung der Pressefreiheit, daß die Bühnengenossenschaft mit der Presse gemeinsam für die vollste Freiheit der Meinung und der Kritik eintrete. Damit war diese Angelegenheit erledigt. Hierauf wurde die Beratung der Tagung fortgesetzt. Die Ver-sammlung beschloß, die Beiträge nach dem Einkommen zu staffeln und die Vertreterversammlungen mindestens alle drei Jahre stattfinden zu lassen.

Die Theaterchronik. Das Staatstheater arbeitet nicht für diese Spielzeit unter der Regie Herthold Bertels eine Neueinstudierung von John Gabriel Bortman vor. Fritz Richter wird die Titel-rolle, Rosa Bertels die Frau Gurkisch spielen. Die Premiere von Peter Hanfens „Eine altsächsische Ehe“ im Schloßparktheater Stalitz heute abend beginnt nicht um 7 Uhr, sondern erst um 1/2 8 Uhr. Die Zilla Ditzler am Dienstag, 27. März, ihre Reise nach Amerika antizip, finden nur noch drei Vorstellungen von „Der Schwan“ im Theater am Kurfürstendamm statt. Das Theater in der Ringstraße Straße bleibt heute (Sonntag) und morgen (Montag) wegen Vorbereitungen zu der am Mittwoch stattfindenden Eröffnung der „Kreiers Essenfer“ ab-schliefen. Das Hoftheater am Stadttheater wird auf eine Anregung des Gustav Rippenheer Verlag (Hofstadt) Anfang April in Berlin ein-treten, um im Deutschen Theater ein neues Schauspiel ab-zufolieren.

